

Beschlussantrag

betreffend **die Stadt Winterthur als „GATS-freie Gemeinde“**

eingereicht von: Hedi Strahm, namens der SP-Fraktion

am: 7. November 2005

Anzahl Mitunterzeichnende: 25

Geschäftsnummer: 2005/083

Text und Begründung

Der Gemeinderat erklärt die Stadt Winterthur im Sinne eines Signals zur "GATS-freien Gemeinde".

Mit der Erklärung zur GATS-freien Gemeinde werden folgende Forderungen verbunden:

- keine Ausweitungen des GATS, welche die Kantons- und Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der Basisdienstleistungen untergraben,
- ein Moratorium für weitere GATS-Verhandlungen, bis dessen Folgen besser abschätzbar sind,
- die Offenlegung der Verhandlungspunkte,
- die Lancierung einer breit abgestützten Debatte über das GATS

Begründung:

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services [GATS]) ist eine der wichtigsten Vereinbarungen, die gegenwärtig in der Welthandelsorganisation (WTO) neu verhandelt werden.

Ziel des GATS ist es, langfristig alle Dienstleistungssektoren zu liberalisieren. Dies gilt vor allem auch für die öffentliche Grundversorgung: Gesundheit, Alterspflege, Kultur, Bildung, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Post, Strom, Telekommunikation, Öffentlicher Verkehr.

Das GATS ist für alle Verwaltungsebenen verpflichtend und schränkt die Möglichkeit der lokalen Behörden ein, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Winterthur ist also sehr direkt von GATS betroffen.

Kein anderes Abkommen hat für die Schweiz so massive Auswirkungen auf Gemeinden, Städte und Kantone wie das GATS. Durch ihre massive Betroffenheit müsste das GATS eigentlich von den Gemeinden verhandelt oder zumindest die nationale Position unter ihrer aktiven Mitbestimmung gebildet werden. Bisher waren die Gemeinden jedoch vom demokratischen Meinungsbildungsprozess weitgehend ausgeschlossen.

Ein Grundproblem bei WTO-Verhandlungen ist die fehlende oder mangelhafte Information. Es ist beispielsweise wenig bekannt über die Begehren, die andere Länder an die Schweiz gestellt haben.

Noch gravierender ist das den WTO-Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Dadurch, dass die Verhandlungen streng geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden, wird der demokratische Meinungsbildungsprozess unterbunden. Dies entspricht nicht unserer demokratischen Praxis und muss deshalb grundsätzlich hinterfragt werden.

Bisher haben sich rund 1000 europäische Gemeinden und 75 Schweizer Gemeinden zur Deklaration «GATS-freie Zone» bekannt. Darunter auch die Städte Genf und Delémont und die Zürcher Gemeinden Winkel bei Bülach, Rafz und Glattfelden.

Vorstoss-Rückseite Nr. 2005/083

eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):		eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):	
✓	B. Baltensberger (SP)	X	✓	N. Albl (SVP)	X
✓	Y. Beutler (SP)	X	✓	W. Badertscher (SVP)	
--	U. Böni (SP)		✓	M. Baumann (SVP)	
✓	A. Daurù (SP)	X	✓	P. Fuchs (SVP)	X
✓	P. Dennler (SP)	X	--	H. Keller (SVP)	
--	N. Galladé (SP)		--	Ch. Kern (SVP)	
✓	B. Gruber (SP)	X	✓	W. Langhard (SVP)	
✓	D. Hauser (SP)	X	✓	J. Lisibach (SVP)	
✓	M. Ott (SP)	X	✓	R. Meier (SVP)	X
✓	E. Schlegel (SP)	X	✓	N. Rickli (SVP)	
✓	G. Schmid (SP)	X	✓	Y. Senn (SVP)	
--	K. Schmid (SP)		✓	St. Schär (SVP)	
✓	M. Schwager (SP)	X	✓	W. Steiner (SVP)	
✓	B. Stettler (SP)	X	✓	H. Weiler (SVP)	
--	S. Stierli (SP)				
✓	H. Strahm (SP)		✓	S. O'Brien (Grüne)	X
✓	P. Wernli (SP)	X	✓	L.C. Hübscher (Grüne)	X
✓	D. Werner (SP)	X	✓	A. Ramsauer (Grüne)	X
✓	E. Wettstein (SP)	X	✓	M. Stauber (Grüne)	X
✓	H.U. Würgler (SP)	X	✓	D. Berger (AL)	X
✓	C. Bodmer (FDP)		✓	N. Gugger (EVP)	X
✓	St. Fritschi (FDP)		✓	R. Kleiber (EVP)	
✓	J. Heusser (FDP)		✓	U. Martinelli (EVP)	
✓	J. Hofmann (FDP)		✓	R. Weibel (EVP)	X
✓	A. Huber (FDP)		✓	H. Iseli (EDU)	
✓	D. Kläy (FDP)				
✓	U. Künsch (FDP)		✓	G. Bienz-Meier (CVP)	
✓	A. Meier-Camenisch (FDP)		✓	U. Bründler (CVP)	
✓	P. Rütimann (FDP)		✓	U. Dolski (CVP)	
✓	R. Werren (FDP)		✓	M. Hollenstein (CVP)	
			✓	R. Schürmann (CVP)	
✓	R. Schwengeler (SD)				